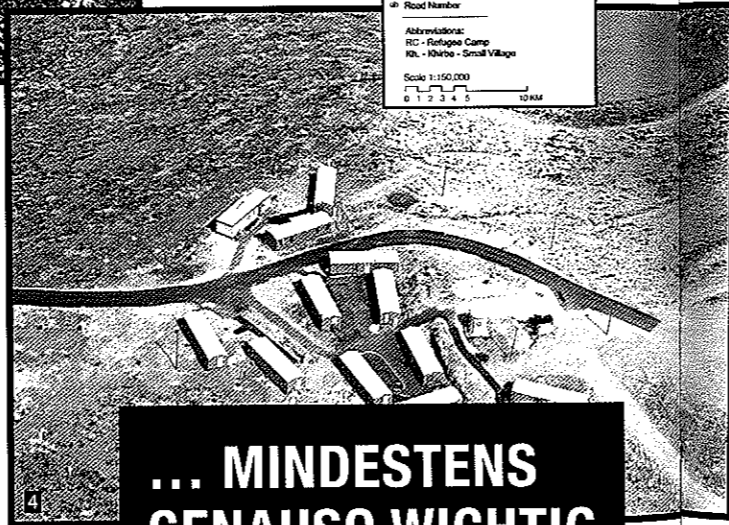
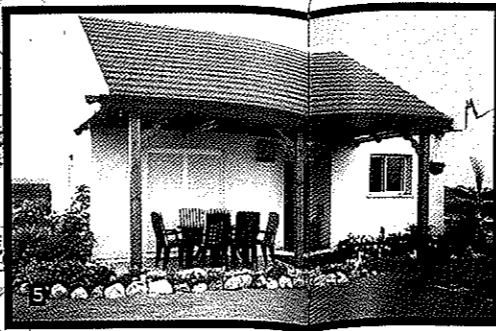
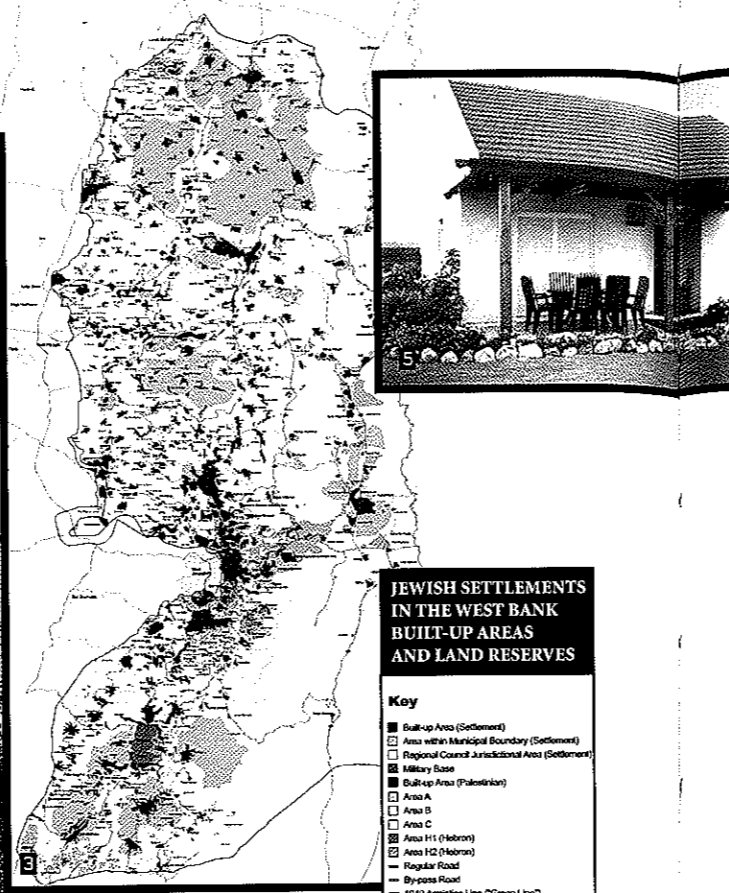


Abb. 1 Blick auf Ariel
 Abb. 2 **Israelische Ingenieure** durchbrechen eine Wand im Flüchtlingslager Tul-Quarem, Nir Kafir
 Abb. 3 B'TSELEM und Eyal Weizman
 Karte der jüdischen Siedlungen im Westjordanland (Mai 2002)
 Abb. 4 Außenposten nahe der Siedlung Maale Mikhmas, (2001)
 Abb. 5 Wohnhaus in Gadid, einer Siedlung im Gazastreifen, die im Sommer 2005 genannt wurde (Archiv Eyal Weizman)

DER KIBBUZ ÜBERTRIFFT NICHT NUR JEDE ANDERE SIEDLUNGSFORM, SONDERN ER IST ...



... MINDESTENS GENAUSO WICHTIG WIE EINE MILITÄR-EINHEIT...

EYAL WEIZMAN Vorläufige Tatsachen, flexible Linien Das Sicherheitskonzept der israelischen Territorialplanung

Der Zionismus vor der Gründung des Staates Israel hatte die Bedeutung von Siedlungen für die Ausdehnung der von ihm kontrollierten Territorien und für deren Verteidigung hervorgehoben. Wie die Architektin Sharon Rotbard dokumentiert hat, wurden militärische Erwägungen erstmals während des arabischen Aufstandes von 1936-1939¹ bei der Bauweise neuer Siedlungen berücksichtigt. Sicherheitstechnische und militärische Faktoren spielten dann eine immer wichtigere Rolle hinsichtlich der regionalen Verteilung und der inneren Gestaltung neuer Siedlungen; letztlich schufen sie einen neuen Siedlungstyp: TURM UND PALISADE.² Entworfen von Yochanan Ratner zu einer Zeit, als überall in Europa mit der Fertigbauweise experimentiert wurde, basierten die TURM-UND-PALISADE-Siedlungen auf einem Fertigbausystem, das es gestattete, eine Siedlung im Verlauf einer einzigen Nacht auf dem dafür vorgesehenen Areal zu errichten.

Die Architektur der ländlichen zionistischen Siedlungen wurde jedoch in zunehmendem Maße nicht nur durch ihre Produktionsmethoden und entsprechend ihrer sozio-ideologischen Organisation geformt, sondern auch durch taktische, von einer militarisierten Geometrie diktierte Erwägungen. In seiner Rolle als Kommandeur des Palmach – das Elite-Kommandobattillon der Hagana³ – trug Yigal Allon, ein Kibbuz-Mitglied, wesentlich dazu bei, dass militärische Gesichtspunkte in die Planungsprinzipien der neuen Siedlungen einfließen. Er half als Berater bei der Auswahl der Standorte für neue Siedlungen und überarbeitete deren Masterpläne für Zwecke der Verteidigung. Später widmete Allon den Siedlungen in seinem strategischen und politischen Manifest CURTAIN OF SAND ein ganzes Kapitel.⁴ — «Die Einbindung der zivilen Siedlungen in die militärische Regionalverteidigung, insbesondere der Siedlungen in den Grenzregionen, wird dem Staat zu vorgeschobenen Beobachtungsposten verhelfen

1 Im April 1936 gab der von Groß-Mufti Haj Amin al-Husseini geführte Oberste Islamische Rat das Startsignal für eine bewaffnete Kampagne gegen jüdische und britische Ziele. Im gesamten britischen Mandatsgebiet wurden ein Generalstreik und ein Boykott jüdischer Geschäfte und Waren ausgerufen. Der britischen Mandatsregierung wurden die folgenden Forderungen gestellt: ein Ende der jüdischen Einwanderung, ein Ende der Überschreibung von Land an jüdische Eigentümer und eine neue «allgemein repräsentative Regierung». Im August 1937 begannen die Briten mit der militärischen Niederschlagung des Aufstandes.

2 Sharon Rotbard: «Wall and Tower», in: Rafi Siegel und Eyal Weizman «A Civilian Occupation – The Politics of Israeli Architecture», Verso Books und Babel Publishers, London und Tel Aviv 2004, S. 39-58.

3 Die Hagana war von 1920 bis 1948 die militärische Untergrundorganisation der jüdischen Siedlerregierung in Palästina. Ihr gehörten fast alle Jugendlichen und Erwachsenen aus dem Sektor der agrarischen Siedlungen an, aber auch etliche tausend Mitglieder aus jeder Stadt. 1941 wurde das erste mobilisierte Regiment der Hagana aufgestellt, das Palmach.

4 Yigal Allon, «Curtain of Sand» (1959), Hakibbutz Hameuchad Publishing House, Tel Aviv 1988, S. 240-250.

und somit auch den Einsatz von Militärpersonal verringern können. Diese Siedlungen können das Militär nicht nur über den Beginn eines Überraschungsangriffs des Feindes informieren, sondern diesen gegebenenfalls auch unterbinden oder zumindest den Vormarsch des Feindes so lange aufhalten, bis unsere Streitkräfte wieder Herr der Lage sind.»⁵ Für Allon war die organisatorische Gestaltung des Kibbuz, einer genossenschaftlichen Siedlung mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und separaten, voneinander abgegrenzten Arealen für Wohnen, öffentliche Funktionen, Felder und Farmen, allen anderen Formen des zionistischen Dorfes überlegen. Der Kibbuz übertrifft nicht nur jede andere Siedlungsform, sondern ist «mindestens genauso wichtig wie eine Militäreinheit, wenn nicht noch wichtiger».⁶ Tatsächlich bestand eine der im Krieg gefällten Entscheidungen Ben Gurions darin, die Siedlungen zu verteidigen, denn er erkannte, dass diese Fakten nach Kriegsende den Waffenstillstand und die Grenzen des Staates diktieren würden. Und einige Kibbuzim, zum Beispiel Dganya und Negba, waren 1948 tatsächlich daran beteiligt, den Vormarsch regulärer Einheiten der arabischen Armeen zu stoppen.

Strategische und taktische Erwägungen bei der regionalen und inneren Planung der Siedlungen führten 1948, während des Krieges, zur Formulierung eines militärischen Dokuments – SECURITY PRINCIPLES IN THE PLANNING OF AGRICULTURAL SETTLEMENTS AND WORKERS' VILLAGES⁷ – durch die Siedlungsabteilung des operativen Zweigs des Generalstabs der IDF (Israel Defense Forces). Allein schon die Tatsache, dass es beim Generalstab der israelischen Verteidigungskräfte eine solche Abteilung gab, beweist, welchen Stellenwert das Militär den ländlichen Siedlungen beimaß. Die SECURITY PRINCIPLES enthielten Richtlinien zur räumlichen Planung der neuen Moshav-Siedlungen – ein Siedlungstyp mit unterschiedlichen Graden von kollektiver Bewirtschaftung und Gemeineigentum an manchen Produktionsmitteln.⁸ Die Moshav-Siedlungen spielten während des Krieges von 1948 eine wichtige Rolle, denn sie waren das wesentliche Instrument zur Aufnahme von jüdischen Einwanderern aus arabischen Ländern. Neue Moshav-Siedlungen wurden über die von den IDF besetzten Gebiete verteilt; deren palästinensische Bewohner wurden gewaltsam vertrieben und mussten sich jenseits der im UN-Teilungsplan von 1947 festgelegten Grenzen Israels eine neue Bleibe suchen. Um feindlichen Infiltrationen vorzubeugen, empfahlen die SECURITY PRINCIPLES den Planern einen kompakten, dichten Siedlungsgrundriss, bei dem die Häuser nicht mehr als dreißig oder vierzig Meter voneinander entfernt und ringförmig angeordnet waren, so dass sich die Siedler im Falle eines Angriffs stufenweise bis zu einem relativ sicheren Kernareal zurückziehen konnten. In Anlehnung an das Prinzip militärischer Außenbefestigungen sollten die Straßen, an denen die Häuser und Farmen eines Moshav lagen, «sternförmig» angelegt werden, so dass «die Flanken des Feindes wirkungsvoller unter Beschuss genommen werden konnten».⁹ Die entweder in privaten Büros oder in den Kartenräumen der militärischen Operationszentralen arbeitenden Planer stellten sich außerdem vor, dass Häuser, Hausfenster, kommunale Speisesäle und Kuhställe als physische Befestigungen dienen könnten und passten ihre Entwürfe an militärische Erfordernisse wie ungehinderte Sicht, freies Schussfeld und Nachschubsicherung an. Obwohl sie an den neuen Staatsgrenzen lagen, mussten sich die Moshav-Siedlungen nie gegen eine ausgewachsene militärische Invasion verteidigen und boten allenfalls Ziele für Infiltranten. Das zwangsläufige Gegenstück zur Errichtung des zionistischen Dorfes als Ort von strategischer Bedeutung war die Herausbildung des palästinensischen Dorfes zu einem Ort der Gefahr, zu einem militärischen Ziel und schließlich zu einer demografischen Bedrohung, deren bloße Existenz die Überlebensfähigkeit des zionistischen Projekts in Frage stellte. 1945 startete der Nachrichtendienst der Hagana die Operation ARAB VILLAGE, bei der palästinensische Dörfer systematisch ausgekundschaftet wurden.

Da es keine Landkarten gab, enthielten die «Dorf-Karteien» Luftaufnahmen sowie einige historische und soziologische Details wie zum Beispiel die familiären Beziehungen innerhalb und zwischen Dörfern. Die letztgenannten Informationen wurden als nützlich erachtet, falls die Hagana unter anderem voraussagen wollte, welche Bewohner eines Dorfes ihr Leben riskieren würden, um einem anderen Dorf beizustehen.¹⁰ Das Vermessungsamt der britischen Mandatsregierung hatte versucht, den Landbesitz in den Städten und Dörfern und um diese herum zu erfassen und detaillierte, im Maßstab 1:10000 gehaltene Landkarten zu erstellen, die die damalige Bebauung Palästinas dokumentierten.¹¹ Es war das erste Mal, dass viele dieser palästinensischen Dörfer auf Papier festgehalten wurden. Die militärische und administrative Macht des britischen Mandats beruhte nicht zuletzt auf diesen Landkarten, und daher galten sie als streng vertraulich. Die Hagana setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um an diese Karten zu gelangen, und schaffte es schließlich, sie in geheimen Büros zu kopieren.¹² Die moderne Kriegführung benötigt topografische Details, um Operationen planen und Artilleriegeschütze kalibrieren zu können, und die frisch kopierten Landkarten erleichterten so manche Militäroperation in der Zeit vor der Gründung des Staates Israel. Während des Krieges von 1948 wurden diese Katasterkarten herangezogen, um Angriffe auf genau jene Dörfer zu planen, zu deren Nutzen sie ursprünglich erstellt worden waren, und um diese Dörfer dann dem Erdboden gleichzumachen, nur wenige Jahre, nachdem man sie zum ersten Mal auf Papier festgehalten hatte.¹³ Selbst wenn das Ethos von der Siedlung als Festung akzeptiert wurde, befand sich fast die Hälfte der schließlich errichteten Siedlungen an Orten, die selbst von ihren Befürwortern nicht als strategisch eingeschätzt wurden.¹⁴ Außerdem leisteten die Siedlungen keinen nennenswerten Beitrag zur Bekämpfung des örtlichen Guerillawiderstandes. Statt Angriffe zu verhindern, boten sie vielmehr ein leichtes Ziel für diese. Statt als Schutz zu fungieren, mussten sie selbst geschützt werden.

TERRITORIALE KEILE

Nach der Erfüllung der Bedingungen des 1978 mit Ägypten ausgehandelten Friedensabkommens, nach der Einstellung der Militärhilfe für arabische Staaten durch den Ostblock und mit der 1987 beginnenden ersten Intifada änderte sich das geopolitische Klima in den achtziger und neunziger Jahren, und in der Wahrnehmung der Gefahrenquellen, mit denen sich der Staat Israel konfrontiert sah, vollzog sich ein Paradigmenwechsel: Die von ihm empfundene Bedrohung lag nun nicht mehr in einem arabischen Angriff von «außen», sondern in einer palästinensischen Bevölkerung, die sich bereits im «Landesinneren» befand. Die Zentren und Hauptquartiere des Volkswiderstandes waren fest verankert in palästinensischen Landgemeinden und Städten, vor allem im labyrinthischen, undurchdringlichen urbanen Gewebe der Flüchtlingslager. Ein dermaßen überbevölkertes und armseliges städtisches Ambiente entwickelte sich aus Sicht des israelischen Staates zu einer «Heimstätte des Terrors». Die rasante Urbanisierung des Westjordanlandes während der halbwegs prosperierenden achtziger Jahre wurde von den israelischen Sicherheitsbehörden sogar als ein «BAU-JIHAD» betrachtet.¹⁵

5 Yigal Allon, a a O., S. 254

6 Yigal Allon, a a O., S. 247

7 Vgl. S. Ilan Troen: «Imagining Zion: Dreams, Designs, and Realities in a Century of Jewish Settlements», Yale University Press, New Haven 2003, S. 65

8 Zum Unterschied zwischen Moshav Ovdim (Arbeiter-Moshav), Moshav Olm (Einwanderer-Moshav) und Moshav Shitufi (genossenschaftlich organisierter Moshav) vgl. Zvi Efrat: «The Israeli Project», Tel Aviv Museum Press, Tel Aviv 2005, S. 686-710 [hebraisch]

9 S. Ilan Troen: «Imagining», a a O., S. 67

10 Gil Eyal: «Between East and West: The Discourse on the «Arab Village» in Israel», in: Yehuda Shenav (Hrsg.): «Coloniality and the Postcolonial Condition: Implications for Israeli Society», Van Leer Institute und Hakibbutz Hameuchad Publishing House, Jerusalem 2004, S. 217

11 Asher Solell: «Cadastral Mapping in Israel», in: Amiram Harlap (Hrsg.): «Israel Builds, Ministry for Construction and Housing», Jerusalem 1988, S. 389 [hebraisch]

12 Meron Benvenisti: «Sacred Landscape – The Buried History of the Holy Land since 1948», University of California Press, Berkeley und Los Angeles 2000, S. 13

13 Benny Morris: «The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited», Cambridge University Press, Cambridge 2003

14 Martin van Creveld: «Defending Israel», St. Martin's Press, New York 2004, S. 30

15 Stephen Graham: «Constructing Urbicide by Bulldozer in the Occupied Territories», in: Stephen Graham (Hrsg.): «Cities, War and Terrorism», Blackwell Press, Oxford 2004, S. 333

Die Zivilverwaltung der IDF benutzte Luftaufnahmen, um schematische Umgrenzungen – «blaue Linien» – um die von Palästinensern besiedelten Areale zu ziehen, und zwar so eng, wie es die Filzstifte erlaubten. Jede Form der Bebauung jenseits dieser Demarkationslinien wurde strikt untersagt, und was immer dort «illegal» gebaut wurde, sollte früher oder später wieder abgerissen werden.¹⁶ Das durch einen rapiden Bevölkerungszuwachs angeheizte Wachstum der palästinensischen Städte machte nicht Halt vor den von den IDF als Planungsgrenzen festgelegten «blauen Linien». Städte verschluckten Landgemeinden, und Landgemeinden verschluckten Dörfer, bis sich ein immer engmaschigeres Gewebe aus großen, dicht an dicht gebauten Blocks entlang der palästinensischen Hauptverkehrsadern erstreckte, vor allem entlang der Route 60 – die «Mountain Road» –, die alle größeren palästinensischen Städte entlang des in nordsüdlicher Richtung verlaufenden Gebirgszuges verbindet. Die palästinensische Urbanisierung wurde vom israelischen Staat als «Vergeltungswaffe» angesehen, die seine territoriale Kontrolle zu unterminieren drohte.

Aus israelischer Sicht bestand der einzige Weg, um dieser Bedrohung Einhalt zu gebieten, in einer forcierten Anwendung der Waffe des Konterurbanismus oder, genauer gesagt, des Suburbanismus. Seit den achtziger Jahren wurden Siedlungen als Gegenmittel gegen den unkontrollierten Zuwachs der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt. Abgesehen von ihrem Status als vorgeschobene Posten zur Verteidigung des Staates gegen eine Invasion wurden die Siedlungen nun benutzt, um dem Staat eine zivile, bevölkerungspolitische und mitunter auch demografische Kontrolle zu ermöglichen. Wohnhäuser, Industriegebiete und Straßen wurden zu einem fest verwobenen Gewebe kombiniert und fungierten als Keile, die die verschiedenen palästinensischen Bevölkerungszentren voneinander trennten. Israelische Siedlungen bildeten in zunehmendem Maße Blocks, die eine Konsolidierung größerer metropolitaner Zentren – also die Herausbildung von kulturellen, demografischen und politischen Keimzellen einer lebensfähigen territorialen Einheit – beeinträchtigten und das Leben und die Wirtschaft der Palästinenser fragmentierten.¹⁷

Aus Sicht der IDF bedrohte der Sachverhalt, dass die Palästinenser traditionellerweise entlang der großen Wohn- und Geschäftsstraßen bauen, die sichere Durchfahrt von Militär und Siedlern. Dies kommt explizit zum Ausdruck in einer Reihe von Masterplänen, die die Siedlungsabteilung der World Zionist Organization unter dem Einfluss von Ariel Sharon erstellt hat: — «Die vorgeschlagenen Siedlungsblocks breiten sich aus in Form eines die Berge umfassenden Gürtels [...], der mitten durch die Minderheitsbevölkerung verläuft, diese aber auch gleichzeitig umgibt [...].» — Der Masterplan fährt fort: — «Durch jüdische Siedlungen in zwei Teile gespalten, dürfte es der Minderheitsbevölkerung schwer fallen, eine innere Einheit und einen territorialen Zusammenhang zu bilden.»¹⁸ — Jüdische Siedlungen entlang der Straßen — «werden für die Palästinenser physische und mentale Hindernisse bilden, die möglicherweise auch die unkontrollierte Expansion arabischer Gemeinden entlang dieser Straßen eindämmen könnten.»¹⁹ — Auch die Versuche, auf den Bergen des Westjordanlandes Siedlungen zu errichten, spiegelten Israels Überzeugung wider, dass die Herausbildung eines zusammenhängenden, von Arabern bewohnten Territoriums zu beiden Seiten der Grünen Linie um jeden Preis verhindert werden musste.²⁰ Manchmal wurde das Ziel, eine Siedlung wie einen Keil wirken zu lassen, allein durch ihren Entwurf erreicht. Im Fall der Siedlungsstadt Ariel – die größte und nicht zufällig nach Ariel Sharon benannte Siedlung in Samaria – strecken sich die Konturen lang und dünn aus, um die palästinensische Stadt Salfit zu umfassen und sie so von den Dörfern abzuschneiden, die ihr ökonomisches Hinterland bilden. Dies war Teil einer umfassenderen Politik, die die Zerrüttung der palästinensischen Wirtschaft als ein Mittel betrachtete, um die Palästinenser zur

Abwanderung aus den entsprechenden Regionen zu bewegen. Indem sie eine Agenda umsetzten, die die palästinensische Migration als Resultat von Raumplanung verstand, machten sich die israelischen Planer und Architekten des Westjordanlandes zu Erfüllungsgehilfen einer ethnisch-nationalen Politik der «stillen Vertreibung».

Der bewusste Einsatz der Raumplanung gegen die in den von Israel kontrollierten Gebieten lebende palästinensische Bevölkerung, um deren Migration zu erzwingen, markiert in der israelischen Politik die Verstärkung, wenn nicht das Auftauchen der Vorstellung eines inneren Krieges. Der Staat versuchte somit, seine Handlungen als Präventivmaßnahmen gegen im Innern seines territorialen «Körpers» heranwachsende Bedrohungen zu definieren – Bedrohungen, die seine «biologische» Gesundheit als Organismus gefährden. Diese – um Foucaults Begriff zu verwenden – «Biopolitik» konzentriert Politik auf eine Kontrolle der Demografie. Laut Foucault betrachtet die Biopolitik die Bevölkerung als ein politisches und als ein biologisches Problem.²¹ Sie erfordert eine Technologie, die sich nicht auf den Körper konzentriert, sondern auf das Leben – eine Technologie der Sicherheit. Im Westjordanland hat diese Politik die Palästinenser als demografische Gefahr eingestuft und eine Obsession für Statistiken zum Verhältnis von Geburten- und Sterberate entwickelt, während sie gleichzeitig jede Menge israelischer Juden in den palästinensischen Lebensraum übersiedeln ließ.

RECHTSSICHERHEIT

Da die Errichtung von Siedlungen während der ersten zwölf Jahre der Besetzung von der Annexion privaten palästinensischen Bodens abhing und da privater Grundbesitz vom Staat nur dann konfisziert werden durfte, wenn dafür Sicherheitsgründe vorlagen, war jeder Eingriff in die gebaute Umwelt als strategische Maßnahme gerechtfertigt, und alle Siedlungen wurden zu einer militärischen Notwendigkeit erklärt. Wird ein Thema mit der Aura der Sicherheit verbrämt, so garantiert dies in der Regel, dass ihm rechtliche und politische Unterstützung zuteil wird.²² Der Begriff «Sicherheitsgründe» ist inzwischen zu einer Farce geworden – die Regierung zieht ihn heran, um öffentliche Unterstützung für das Siedlungsprojekt zu gewinnen oder um Israels Obersten Gerichtshof davon abzuhalten, den staatlichen Zugriff auf privaten Grund und Boden palästinensischer Einwohner zu blockieren.

Um die gegen die Konfiskation ihres Landes eingereichten Petitionen palästinensischer Grundbesitzer abschmettern zu können, musste der Eindruck aufrechterhalten werden, die Siedlungen seien für die Sicherheit des Staates unabdingbar. Dies war eine Reaktion darauf, wie internationale völkerrechtliche Abkommen die Rechte der Zivilbevölkerung und die Pflichten von Streitkräften im Fall einer kriegerischen Besetzung definieren. Ein fundamentales Prinzip der Haager Landkriegsordnung und der ihr angefügten ergänzenden Vorschriften von 1907 ist die BEFRISTETE Natur einer militärischen Okkupation und, damit einhergehend, die Einschränkung der Möglichkeit, auf dem besetzten Territorium unveränderliche Tatsachen zu schaffen.²³

16 S. Yehzekel Lein und Eyal Weizman «Land Grab: Israel's Settlement Policy in the West Bank», B' Tselem, Jerusalem 2002, S. 70

17 Die IDF schränken die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung auf den Straßen des Westjordanlandes drastisch ein. Dies gilt vor allem für die Route 60. Dadurch kommt es zu gravierenden Behinderungen, die sich auf sämtliche Aspekte des palästinensischen Alltagslebens auswirken. Kurz nach dem Ausbruch der al-Aqsa-Intifada blockierten die IDF sämtliche Zugangsstraßen, die von palästinensischen Städten, Landgemeinden und Dörfern zur Route 60 führten, wodurch diese Straße im Wesentlichen zu einer rein israelischen, den Siedlern und dem Militär vorbehaltenen Verkehrsader wurde. Die Blockade wurde nicht nur durch physische Straßensperren wie Erdwälle, tiefe Gräben oder Betonklötze durchgesetzt, sondern auch durch bemannte Kontrollpunkte, die Palästinenser in der Regel die Durchfahrt verweigern. Diese Politik diene, wie die IDF sagen, der Sicherheit und dem Schutz der Siedler.

18 Mattiyahu Drobless «The Settlement in Judea and Samaria – Strategy, Policy and Program», World Zionist Organization, Jerusalem 1980, S. 3 [hebräisch].

19 Ministry of Agriculture and the Settlement Division of the World Zionist Organization: «Master Plan for Settlement for Samaria and Judea, Development Plan for the Area for 1983 – 1986»

20 Die Absicht bestand darin, eine Verbindung zwischen den Städten westlich von Jenin und Nablus und den an die Grüne Linie angrenzenden, innerhalb von Israel gelegenen Gemeinden wie Um el-Fahm und Kafr Qasem zu verhindern. – Geoffrey Aaronson, «Creating Facts: Israel, Palestinians and the West Bank», Institute for Palestinian Studies, 1987, S. 71

21 Vgl. Michel Foucault «In Verteidigung der Gesellschaft» Vorlesungen am Collège de France (1975-76), Suhrkamp, Frankfurt/M. 1999

22 Samera Esmen «Introduction. In the Name of Security», in «Adala's Review», Bd. 4, Frühjahr 2004, S. 2

23 Yoram Dinstein «Laws of War», Schocken und Tel Aviv University, Tel Aviv 1983, S. 209-220 [hebräisch] – Wie Israels Oberster Gerichtshof entschieden hat, ergibt sich der Zustand der Zeitweiligkeit schlicht und einfach aus der Tatsache, dass Israel als Besatzungsmacht nicht als Souverän des besetzten Territoriums angesehen werden kann, vgl. HCJ 393/82, Jam'iyat Iskan al-Mu'altman al-Mahdudat al-Mas'uyyah vs Commander of IDF Forces, Piskei Din 37(4) 785 (Bet Et)

BEFRISTETE DAUER und SICHERHEIT sind somit zwei völkerrechtlich verbriefte Prinzipien. In Kriegszeiten dürfen manche Bürgerrechte legal aufgehoben werden. In der Vorstellung der europäischen Gesetzgeber schien Krieg eine vorübergehende Anomalie in einem ansonsten friedlichen Geschichtsverlauf zu sein. Die Aufhebung von Rechten basiert auf der vagen Vorstellung einer befristeten Maßnahme ohne ein verbindlich vorgeschriebenes Ende. Eine Besatzungsmacht muss die Rechte, das Privateigentum und die Grundbucheintragungen der Einwohner eines besetzten Territoriums respektieren. Doch angesichts der Art und Weise, wie moderne Kriege geführt werden, und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Besatzungsmacht während der Kampfhandlungen auf einem besetzten Territorium verteidigen muss, gestattet die Haager Landkriegsordnung die BEFRISTETE Aneignung von Privatbesitz, insofern es dafür ZWINGENDE MILITÄRISCHE GRÜNDE gibt. Armeen können somit Barrieren auf privaten Feldern errichten oder vorübergehend Gebäude in strategisch günstiger Lage in Besitz nehmen, um dort, entsprechend den militärischen Erfordernissen, Kampftruppen oder Verwaltungseinheiten zu stationieren.²⁴

Um internationales Recht zu umgehen, behauptete Israel, die Siedlungen seien keine «dauerhaften Veränderungen» auf dem besetzten Territorium, sondern nur zeitweilige, von «akuten Sicherheitsgründen» diktierte Eingriffe.²⁵ Auf Grundlage dieser Ausnahmeregelung erließ die Regierung zwischen 1968 und 1978 Dutzende von Verfügungen zur Requisition von privatem Grund und Boden im Westjordanland. Das Militär untermauerte seine Behauptung, dass eine Ausweitung der Siedlungen aus Sicherheitsgründen unerlässlich sei, indem es sachverständige Zeugen benannte – in der Regel hochrangige Militäroffiziere –, die dann vor dem Obersten Gerichtshof aussagten, dass eine bestimmte Siedlung eine Hauptverkehrsader überwachte, ein strategisch wichtiges Areal überblickte, einen wichtigen Beitrag zur Regionalverteidigung leistete oder so platziert war, dass sie eine feindselige Bevölkerung in Schach halten und kontrollieren konnte. Solange das Militär Behauptungen dieser Art vorbrachte, wies der Oberste Gerichtshof alle Petitionen palästinensischer Landbesitzer zurück und machte sich die Regierungsdefinition des Begriffs «militärische Notwendigkeit» zu Eigen.

Was die «Zeitweiligkeit» betrifft, hieß es, dass vor einer politischen Lösung, die den endgültigen Status des Westjordanlandes definieren wird, alles, was man dort gebaut habe, per Definition «vorläufiger» Natur wäre. Und die ständigen politischen Initiativen der internationalen Diplomatie (seit Tag eins der 1967 einsetzenden Nachkriegsära bis in die unmittelbare Gegenwart hat es immer wieder Konfliktlösungsvorschläge gegeben) haben den Eindruck erweckt, eine Lösung des Konflikts stehe unmittelbar bevor. Eine solche Aussicht rechtfertigt die Unannehmlichkeiten und das Leid der Gegenwart. Diese Position basierte auf der aberwitzigen Prämisse, dass all die Wohnhäuser, öffentlichen Gebäude, Straßen und Industriegebiete, die Israel in den besetzten Gebieten gebaut hat, eine nur «vorläufige» Existenz besitzen. Tatsächlich hat Richterin Miriam Ben-Porat in einer 1979 gefällten Entscheidung zur Requisition von privatem Grundbesitz für die Errichtung der nahe Nablus gelegenen Siedlung Bet El pflichtschuldigst darauf hingewiesen, dass der Begriff «dauerhafte Wohngemeinde» ein «rein relatives Konzept» sei.²⁶

In den ersten zwölf Jahren nach der 1967 erfolgten Okkupation wurden Siedlungen von den Gerichten als Sicherheitsmaßnahmen bewertet, die den Staat gegen eine Invasion schützen könnten. Bis die Siedler befürchteten, diese juristische Verteidigung könne den Fortbestand des Siedlungsprojekts gefährden, und sie deshalb 1979 ihr Argument des Bedürfnisses nach «vorläufiger» Sicherheit durch die «Permanenz» ihres heiligen, göttlich verbrieften Rechts ersetzten, akzeptierte Israels Oberster Gerichtshof die militärische Expertenmeinung und gestattete die Requisition von palästinensischem Land für den Bau von Siedlungen.

Das Schwierige hieran ist jedoch die Vorstellung, Krieg und Frieden seien separate und klar definierte Zustände. Kriege zwischen Staaten können lange dauern, doch sie tendieren dazu, einen klaren Anfang und ein klares Ende zu haben. Im Unterschied dazu ist der israelisch-palästinensische Konflikt, wie so viele koloniale Konflikte, ein immer und ewig präsenter, asymmetrischer Konflikt von schwacher Intensität zwischen einem Staat und einem Quasistaat. Es ist eher ein Konflikt, der durch die Zeit hindurch existiert, als einer, der den Fluss der Zeit abrupt unterbricht. In ihm sind Krieg und Frieden nicht mehr dialektische Gegensätze, sondern ein ausgedehntes «Kein-Krieg-kein-Frieden-Kontinuum».²⁷ Der Widerstand ist gewalttätig, konstant, aber sporadisch; die Pazifizierungsmissionen sind manchmal brutal und manchmal bürokratisch; der Frieden ist nicht möglich, und der Krieg nimmt kein Ende.

Zwei scheinbar widersprüchliche Faktoren erhalten den «vorläufigen» Zustand des israelischen Militärregimes aufrecht: das Andauern der Gewalt und das Vorhandensein von Initiativen zu einer politischen Lösung des Konflikts. Die Tatsache, dass es ein gewisses Ausmaß von Gewalt gibt, legitimiert die ständige Anwendung «dringender Sicherheitsmaßnahmen». Die Gewalt gestattet es, «Sicherheit» als ein rechtliches Argument ins Feld zu führen, mit dem etwas gerechtfertigt wird, das sonst illegal wäre.²⁸ Damit Sicherheit diese Funktion erfüllen kann, muss es weiterhin Unsicherheit geben, wie die palästinensische Geisteswissenschaftlerin Samera Esmeir erklärt: «Sicherheitsrituale dürfen keine absolute Sicherheit bewirken», denn sonst würden sie die Begründung für ihre weitere Anwendung einbüßen. Stattdessen müssen sie «ständig damit befasst sein, neu zu definieren, was Sicherheit bedeutet».²⁹ Die Definition sämtlicher militärischer Aktivitäten als Reaktion auf «Sicherheitsbedrohungen» möchte die Bedingungen perpetuieren, die ihre weitere Anwendung rechtfertigen. — «Der Begriff Sicherheit signalisiert das Nichtvorhandensein einer Unterscheidung zwischen innen und außen, zwischen Militär und Polizei. Während «Verteidigung» eine Schutzbarriere gegen äußere Bedrohungen impliziert, rechtfertigt «Sicherheit» eine ununterbrochene kriegerische Aktivität [...]»³⁰ — Die militärische Bedeutung des Wortes – also Schutz vor körperlichem Schaden oder Beschädigung des Eigentums – noch weiter transzendierend, wird die Logik von «Sicherheit» als politisch-ideologisches Konzept angewendet, das sich selbst am Leben erhält mittels einer aktiven und ununterbrochenen Konfiguration der gebauten Umwelt, durch Zuweisung von Ressourcen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und dergleichen. Dieser Prozess veranschaulicht Israels Tendenz, sich zu einem Sicherheitsstaat zu entwickeln – im Sinne einer Sicherheit, die, laut Foucault, nicht darauf abzielt, Unordnung zu verhindern, sondern Chaos zu stiften, genau jenes Chaos, das es dem Staat erlaubt, seine bisherige Politik fortzusetzen.

24 Näheres über die Haager Landkriegsordnung und die ihr angefügten ergänzenden Vorschriften von 1907 findet man unter <http://www.icrc.org/ihl.nsf> (13. August 2004). Diese Konventionen zielen darauf ab, das Leiden der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten so weit in Grenzen zu halten, wie es die militärischen Erfordernisse gestatten. Gemäß den Vereinbarungen des internationalen Völkerrechts treten die Gesetze der kriegerischen Besetzung in dem Moment in Kraft, wo die Regierung des besetzten Territoriums nicht mehr fähig ist, ihre Autorität auszuüben, und dieser Zustand endet wieder, sobald eine neue Regierung in der Lage ist, ihre Autorität durchzusetzen und das fragliche Territorium zu kontrollieren. Die Haager Landkriegsordnung besagt, dass «Privateigentum nicht konfisziert werden darf», schränkt dies jedoch gleich wieder durch den Passus ein, «es sei denn [...] eine solche Enteignung ist durch Notwendigkeiten des Krieges zwingend geboten», was jedoch nur für die Dauer der Feindseligkeiten gilt (Artikel 46).

25 Dies ist die Standardfloskel, die immer wieder in den entsprechenden Verfügungen auftaucht, z. B. in HCJ 258/79, Ayub et al. vs. Minister of Defense et al., Piskei Din 33(2) 113. Vgl. Yehezkel Levin und Eyal Weizman «Land Grab: Israel's Settlement Policy in the West Bank», a. a. O.

26 HCJ 258/79, Ayub et al. vs. Minister of Defense et al., Piskei Din 33(2)

27 Kants Vorstellung vom ewigen Frieden wolle den Kriegen, so wie er sie verstand – als Auseinandersetzungen zwischen souveränen Staaten – durch die Herrschaft von Politik und Diplomatie ein Ende bereiten (was dann zu politischen Projekten wie dem Völkerbund und den Vereinten Nationen führte). Dies schließt jedoch nicht die Möglichkeit eines Krieges aus, der ohne klare räumliche oder zeitliche Grenzen zwischen Nationen und Organisationen stattfindet.

28 Iain Scobbie «Sealing Their Fate: The Wall's Implications for Palestinian Life», Vortrag bei einer Podiumsdiskussion an der London School of Oriental and African Studies, 23. Januar 2005.

29 Samera Esmeir «Introduction», a. a. O., S. 5 – Der Begriff Sicherheit bezieht sich, wie Hanna Herzog und Ronen Shamir im selben Band schreiben, «nicht nur auf grundlegende Vorstellungen von «Recht und Ordnung», auf den persönlichen Schutz vor Schaden und Unrecht oder auf konkrete Androhungen von Gewalt und Krieg. In seiner fundamentalsten Bedeutung ist «Sicherheit» gleichbedeutend mit der Fähigkeit des jüdischen Staates, als jüdischer Staat souverän zu bleiben.» Vgl. dazu auch die Rezension dieses Bandes von Jonathan Yovel «Security – or Insecurity?», in «Ha'aretz», 15. November 2004.

30 Michael Hardt und Antonio Negri «Multitude: Krieg und Demokratie im Empire», Campus, Frankfurt/M. und New York 2004.

FLEXIBLE LINIE

Der israelischen Mauer oder Sicherheitsbarriere, die mitten durch das Westjordanland gebaut wurde, liegt eine ähnliche Logik zugrunde.

Im Dezember 2003 bat mich Yehezkel Lein von der Menschenrechtsorganisation B'tselem, an der Erstellung eines «Fachgutachtens» mitzuwirken, das bei diversen rechtlichen Foren präsentiert werden sollte. Untersuchungsgegenstand war die Planungslogik hinter einigen der auffälligeren Biegungen, Krümmungen und Ausbuchtungen in der «Trennmauer» an der Nahtstelle zwischen etlichen israelischen Vorortkolonien und palästinensischen Ansiedlungen im Westjordanland.

Das Problem, mit dem wir konfrontiert waren, bestand darin, die juristische Verteidigung der Regierung zu widerlegen. Um der Kritik der einheimischen und internationalen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, behauptete das für das Projekt zuständige israelische Verteidigungsministerium, der Verlauf der Trennmauer sei nicht nach politischen Erwägungen «geplant» worden – zum Beispiel, um einseitig eine Grenze festzulegen –, sondern vielmehr «entstanden» als eine mathematische (algorithmische) Reaktion auf vor Ort bestehende «Sicherheitsbedürfnisse». Man wollte, so hieß es, Sicherheitsaspekte optimieren, die sich aus örtlichen geografischen Besonderheiten ergaben, und für einen möglichst effizienten Verlauf der Trennmauer sorgen. Dies würde die in den Worten der IDF «topographische Beherrschung und Kontrolle» gewähren – eine Situation, bei der bewaffnete Patrouillen die auf der anderen Seite der Mauer gelegenen palästinensischen Wohnsiedlungen und Dörfer visuell dominieren können.³¹ Laut dieser Behauptung – der zufolge dem Ganzen eine Berechnung zugrunde lag, die die Geografie der westlichen Hänge des Westjordanlandes berücksichtigte – waren es die örtliche Topografie, die Beschaffenheit des Terrains, die Dichte und Verteilung der israelischen Kolonien, deren Infrastruktur und die Lage der palästinensischen Dörfer, die den Verlauf der Trennmauer «bestimmten», und außerdem war diese ja nur eine «vorläufige» Einrichtung, die jederzeit demontiert werden könnte. Die Behauptung, die Mauer sei eine aus Sicherheitsgründen notwendige, vorübergehende Maßnahme, kann sich nicht nur auf nationales israelisches Recht berufen, sondern auch auf internationales Recht, denn beide neigen dazu, Akte zu tolerieren, die als befristete Maßnahmen zur Selbstverteidigung definiert werden.³²

Die Website des israelischen Außenministeriums behauptet, dass — «der antiterroristische Zaun eine passive, VORLÄUFIGE [...] Maßnahme darstellt und keine dauerhafte Grenze [Hervorhebung von E.W.] und dass Entscheidungen hinsichtlich seiner Beschaffenheit und seines Verlaufs ausschließlich auf «dringliche Sicherheitsbedürfnisse» zurückzuführen sind».³³ — Barrieren sind tatsächlich etwas anderes als Grenzen: Sie trennen nicht ein «Innen» und ein «Außen» eines souveränen, politischen oder rechtlichen Systems, sondern fungieren als zufallsbedingte Einrichtungen, die die unkontrollierte Bewegung über ein Territorium verhindern sollen. Die Behauptung der «Vorläufigkeit» der Barriere versucht somit, diese als ein zufälliges Instrument in einer vorübergehenden Notstandssituation auszugeben. Hier muss an die berühmte Warnung des italienischen Philosophen Giorgio Agamben erinnert werden. Ausgehend von Carl Schmitts Analyse der Notstandssituation – ein Zustand, definiert als eine «zeitweilige» Außerkraftsetzung des Gesetzes, bei dem die sonst geltende Rechtsordnung aufgehoben oder gelockert wird –, warnt Agamben davor, dass dieser Zustand, obwohl er als vorübergehend apostrophiert wird, tatsächlich bis in alle Ewigkeit fortbestehen könne und dass jene «Zeitweiligkeit» als Rechtfertigung für die Aufhebung des Gesetzes somit zurückgewiesen werden müsste.³⁴

Die kurze Untersuchung, bei der ich B'tselem beriet, wollte das oben geschilderte Argument widerlegen, indem man aufzeigte, dass die Biegungen, Krümmungen und Ausbuchtungen in der Architektur der Linie aus anderen Erwägungen entstanden waren als aus denen, die die Regierung geltend machte. Um dies zu bewerkstelligen, mussten wir uns gewisse Grundkenntnisse in der militärischen Logik des Baus von Befestigungen und Barrieren aneignen und im Grunde einen alternativen Verlauf entwerfen, wobei wir die von den IDF selbst aufgestellten Kriterien auf die besonderen Bedingungen des Terrains anwenden wollten.

Es war ein bizarres Architekturprojekt, dessen Durchführung sich niemand von uns jemals hätte träumen lassen. An dieser Stelle muss unbedingt etwas betont werden, was sich eigentlich von selbst versteht: Dieses Projekt wurde nicht in Angriff genommen, um den aktuellen Verlauf der Mauer zu verbessern oder um einen anderen vorzuschlagen.³⁵ Es ging uns vielmehr darum, die immanenten Widersprüche des Projekts aufzudecken und dessen juristische Verteidigung zu zerpfücken.

Wir verglichen den von uns entworfenen Verlauf mit dem tatsächlich gebauten und entdeckten dabei sehr viele «Abweichungen». Der tatsächliche Verlauf der Barriere erwies sich als ziemlich «flexibel» – durch eine Vielzahl von Faktoren und Einflüssen in ihrer Umgebung ergaben sich beträchtliche Verformungen. Die vorhandenen Falten, Ausstülpungen, Biegungen und Krümmungen in der Barriere erinnerten an ein Diagramm, das das komplexe Gleichgewicht all der mikro- und makropolitischen Faktoren in ihrer Umgebung widerspiegelte. Mitunter wich der Verlauf ab, um dem politischen Druck von Siedlern nachzugeben, die ihre Siedlung unbedingt auf der westlichen Seite der Barriere lokalisiert sehen wollten (hinter den gegenwärtig wie Pilze aus dem Boden schießenden Außenposten steckte der Wunsch der Siedler, Ankerpunkte zu schaffen, um die sich die Barriere dann herumschlingen würde), oder um auf den von religiösen Parteien ausgeübten Druck zu reagieren, die archäologische Stätten mit möglicherweise jüdischer Vergangenheit inkorporiert wissen wollten; an anderen Stellen wurde der Verlauf ausgedehnt, um Israels Unterwasserinteressen zu berücksichtigen oder um die Sicherheitsstreifen der Start- und Landebahnen des Ben Gurion International Airport einzubeziehen.

Die von uns entdeckten «Abweichungen» im Mauerverlauf bestätigten, was wir eingangs vermutet hatten: dass Israel, unter dem Deckmantel eines neutralen (ja sogar mathematischen) «Sicherheitsdiskurses», dauerhafte territoriale Tatsachen zu schaffen versuchte. Dieses Argument wurde in die palästinensische Klage gegen die Mauer aufgenommen, die beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht wurde. Von dort wurde sie an Israels Obersten Gerichtshof verwiesen, der unser Projekt als Beweismittel einstufte. Das oben geschilderte Projekt war kein politisch geprägtes Architekturprojekt, sondern eher ein Versuch, mit Hilfe des architektonischen Vokabulars praktische Politik zu machen. Statt sich mit der «Politik der Architektur» auseinander zu setzen, befasst es sich kritisch mit der «Architektur der Politik».

Übersetzung aus dem Englischen: Fritz Schneider

31 Eine weitere taktische Erwägung bei der Positionierung von Befestigungsanlagen ist die Breite. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sollte eine Verteidigungslinie nicht auf der Spitze eines Bergkamms verlaufen, sondern etwa auf drei Vierteln seiner Höhe, das heißt auf dem Hang, der der Bedrohung ausgesetzt ist – andernfalls würde sich die Silhouette von Infanteriepatrouillen oder Militärfahrzeugen klar und deutlich vom dahinter liegenden Himmel abheben. Da zu Befestigungen und Barrieren auch Straßen gehören, die an inneren entlanglaufen (entlang der Trennmauern im Westjordanland gibt es drei Parallelstraßen), muss deren Verlauf ebenfalls an die Erfordernisse des Kraftfahrzeugverkehrs angepasst werden, und dazu gehört, das es nirgendwo ein Gefälle von mehr als neun Prozent geben darf.

32 Diese befristete Dauer ist ein völkerrechtlich verbrieftes Prinzip. Ein fundamentales Prinzip der Haager Landkriegsordnung von 1907, die ein wesentlicher Bestandteil des humanitären Völkerrechts ist, besagt, dass in Kriegszeiten manche Bürgerrechte aufgehoben werden dürfen. In der Vorstellung der europäischen Gesetzgeber schien Krieg eine vorübergehende Anomalie in einem ansonsten friedlichen Geschichtsverlauf zu sein. Die Aufhebung von Rechten basiert auf der vagen Vorstellung einer «befristeten Maßnahme» ohne klare Grenzen – Vgl. Anm. 27.

33 www.securitybarrier.mfa.gov.il (30. Juli 2005).

34 Giorgio Agamben «Homo sacer. Souveräne Macht und bloßes Leben», Suhrkamp, Frankfurt/M. 2002, vgl. vor allem Kapitel 1, Carl Schmitt «Politische Theologie 4 Kapitel zur Lehre von der Souveränität», Duncker & Humblot, Berlin 1996.

35 Die von uns vertretene Meinung war die, dass das Projekt falsch war, weil es bestimmte Menschenrechte sowie politische Rechte verletzte und weil es darüber hinaus auch in praktischer Hinsicht nur wenig Sinn ergab. Wer an meiner ausführlichen Kritik an dem Projekt interessiert ist, dem empfehle ich die Lektüre von Eyal Weizman, «Hollow Land – The Barrier Archipelago and the Impossible Politics of Separation», in: Michael Sorkin (Hrsg.) «Against the Wall», The New Press, New York 2005, sowie «Ariel Sharon and the Geometry of Occupation» (www.opendemocracy.net).